

Frau Ministerpräsidentin
Malu Dreyer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

23. Februar 2021/012

Modellvorhaben "Innenstadt-Impulse" der Landesregierung – Statement von Mittelzentren im Städtetag Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

die Corona-Pandemie hinterlässt in unseren Innenstädten deutliche Spuren. Die notwendigen Lockdowns stürzen Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleister sowie Künstler und Kulturschaffende in eine existenzielle, wirtschaftliche Krise. Die leider nur zäh anlaufenden Wirtschaftshilfen des Bundes werden hier nur teilweise und zeitlich befristet zu einer nachhaltigen Besserung der wirtschaftlichen Situation beitragen. Wir müssen davon ausgehen, dass die langfristigen Konsequenzen der Corona-Pandemie zu einem deutlichen Attraktivitätsverlust der Innenstädte führen werden. Dies auch, da die Pandemie einen gewaltigen Einbruch bei den Steuereinnahmen bewirkt und uns auf dieser Weise finanzielle Handlungsspielräume nimmt. Gleichwohl werden wir heute und in Zukunft alles daransetzen, mittels strategischer Weichenstellungen und zahlreicher Maßnahmen neue Wege in der Innenstadtentwicklung zu beschreiten und unsere Zentren weiterhin vital und lebenswert zu halten.

Trotz aller Eigenanstrengungen sind wir hier auch auf die Hilfe des Landes angewiesen. Hier bedarf es vielfältiger und umfassender Lösungsansätze, um die Städte als Motoren der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung gerade in den nächsten Jahren zu stärken.

Vor diesen Hintergründen haben wir positiv zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung die Kommunen mittels des am Montag öffentlich vorgestellten Modellvorhabens "Innenstadt-Impulse" unterstützen möchte. Deutlich irritiert sind wir allerdings über die Ausgestaltung und Stoßrichtung dieses Vorhabens. In einem ersten Schritt sollen ausschließlich die Oberzentren des Landes in den Genuss einer finanziellen Förderung kommen. Auch wenn wir eine Unterstützung der Oberzentren grundsätzlich begrüßen, so gibt es auch deutlichen und hohen Unterstützungsbedarf in den mittleren kreisfreien Städten und den (großen) kreisangehörigen Städten. Dies nicht zuletzt auch angesichts der Tatsache, dass in diesen Städten bereits das Wegbrechen einiger weniger Einzelhandels- oder Gastronomiebetriebe aufgrund der strukturellen Gegebenheiten deutliche negative Auswirkungen auf die Attraktivität als Einkaufs-, Freizeit- und Erlebnisraum nach sich zieht.

Auch geben wir zu bedenken, dass Modellvorhaben grundsätzlich alle Typen und Größen von Gebietskörperschaften umfassen sollten, um transferierbare Best-Practice-Beispiele zu generieren. Denn was z.B. in der Landeshauptstadt Mainz erfolgreich funktioniert, das kann sich beispielsweise in Städten wie Neustadt oder Speyer als wenig passgenaue Lösung erweisen und umgekehrt.

Gestatten Sie uns die Anmerkung, dass sich uns bei dem Vorhaben der Landesregierung der Eindruck aufdrängt, dass hier Restmittel aus der bundesdeutschen Städtebauförderung auf die Schnelle zusammengeführt wurden. Aus unserer Sicht ginge ein solcher kurzatmiger Ansatz an den großen strukturellen Problemlagen der Städte vorbei und würde überdies suggerieren, dass eine bloße Ausgabe von äußerst überschaubaren Finanzmitteln einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leiste.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir fordern Sie als Mittelzentren im Städtetag Rheinland-Pfalz auf, die mittleren kreisfreien Städte und die (großen) kreisangehörigen Städte sofort in das Modellvorhaben einzubeziehen und die Fördermittel deutlich aufzustocken. Die vage Aussicht auf zusätzliche Finanzmittel in den Jahren 2022/2023 eröffnet uns angesichts der vielgestaltigen negativen Auswirkungen der Pandemie auf unsere Innenstädte nicht die nötige Perspektive. Zudem bitten wir Sie, auf die Stärkung der rheinland-pfälzischen Innenstädte einen echten und auch aus Landesmitteln finanziell unterfütterten, dauerhaften Schwerpunkt zu legen und zeitnah in enger Abstimmung mit allen Städten im Land konkrete Unterstützungsmaßnahmen auf den


Weg zu bringen, die den Städten landesrechtlich abgesichert zusätzliche Freiräume eröffnen.

Für Gespräche stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



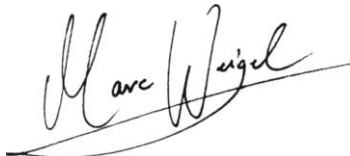
Thomas Hirsch
Oberbürgermeister
der Stadt Landau in der Pfalz
1. stellvertretender Vorsitzender
des Städtetages Rheinland-Pfalz



Dr. Christiane Döll
Beigeordnete
der Stadt Ingelheim
2. stellvertretender Vorsitzender
des Städtetages Rheinland-Pfalz



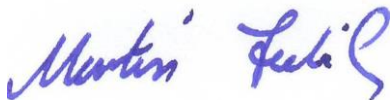
Stefanie Seiler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Speyer



Marc Weigel
Oberbürgermeister
der Stadt Neustadt a.d. Weinstraße




Adolf Kessel
Oberbürgermeister
der Stadt Worms



Martin Hebig
Oberbürgermeister
der Stadt Frankenthal



Dr. Marold Wosnitza
Oberbürgermeister
der Stadt Zweibrücken



Markus Zwick
Oberbürgermeister
der Stadt Pirmasens



Peter Labonte
Oberbürgermeister
der Stadt Lahnstein



Frank Frühauf
Oberbürgermeister
der Stadt Idar-Oberstein



Jan Einig
Oberbürgermeister
der Stadt Neuwied



Joachim Rodenkirch
Bürgermeister
der Stadt Wittlich